

Dr. André Brie, 12. April 2005, Artikel für die Zeitung "Freitag"

## Die Mühen der Berge

Elmar Altvater und WASG-Vorstand Thomas Händel haben sich im "Freitag", einige andere in weiteren Zeitungen und Erklärungen zu meinem Artikel im April-Heft der Zeitschrift "Sozialismus" geäußert. Die Beiträge von Altvater und Händel sind gekennzeichnet davon, dass sie den Artikel gelesen haben, andere haben nur kurze Zeitungsmeldungen zur Kenntnis genommen und mir Parteiegoismus (zugunsten der PDS, so der Vorwurf aus der WASG) oder fehlende Loyalität gegenüber der PDS (so aus derselben) vorgeworfen. Darüber klage ich nicht. Allerdings ist eine Debatte auf dieser Grundlage schwer. Natürlich Sorge ich mich über die Wahlaussichten der PDS und über eine linke Vertretung im Bundestag überhaupt. In dieser Hinsicht ist das Verhältnis zwischen PDS und WASG auch wichtig.

Jedes Gegenargument muss erörtert werden (ich selbst schrieb von einer "eigentlich unakzeptablen Zumutung"). Doch ich verweise hier nur auf die Erfahrungen der DS (Demokratische Sozialisten) in der alten Bundesrepublik oder die auch von mir zu verantwortenden weitgehend missglückten Versuche der PDS 1990, auch in den westdeutschen Bundesländern zu einer Neugründung einer pluralistischen demokratischen Linken beizutragen. Das kritische Wählerpotenzial war auch damals vorhanden. Es ist heute noch größer. Ja, etwa 15 Prozent. Doch Thomas Händel täuscht sich, wenn er glaubt, dass neben der PDS "zehn Prozent" für die WASG erschließbar wären, nur weil dieses Potenzial eben existiert. Es mangelt nicht an Engagement der jeweiligen Parteiaktivisten, schon gar nicht an klugen Papieren, an Plakaten und vernünftigen Ideen. Der bei weitem größte Teil dieser Menschen sind faktische oder sogar erklärte Nichtwählerinnen und Nichtwähler, vielfach längst sozial und kulturell ausgegrenzt. Eine breite und teilweise sehr grundsätzliche Unzufriedenheit geht in der Bundesrepublik Deutschland (anders als bei der Entstehung der Grünen) mit Resignation, Passivität und dem Fehlen von Wechsel- und Aufbruchstimmung einher.

Darüber wäre mehr zu sagen, auch empirische Fakten dazu sind ausreichend vorhanden. Ich vermute (und glaube aus langjähriger Arbeit auf diesem Gebiet beweisen zu können), dass das Antreten von zwei linken Parteien nur wenig zusätzliche Möglichkeiten erschließen, dagegen nicht wenige Menschen demotivieren und eher zu zwei mal vier als zu zwei mal fünf Prozent führen wird. Und zwei mal vier oder vierkommaneun wäre tatsächlich null. Und zwar nicht vorrangig für die WASG und die PDS.

Denn das ist das wirkliche Problem: Gemessen an dem, worauf es nach meiner Einschätzung und Überzeugung wirklich ankommt, ist jede Arithmetik - jetzt muss und will ich Parteipolitikern wehtun - ein sekundäres und langweiliges Thema. Altvater hat Recht. Es mag ein gutes Gefühl sein, vom eigenen 2- oder 4- oder meinerwegen auch 6-Prozent Maulwurfsaufen auf die linke Tiefebene ringsum zu blicken. Mir selbst war dieses Gefühl seit 1990 gelegentlich auch genug. Dann gefiel man sich in Überlegungen vom Mitte-Links-Block, vom linken Druck auf die SPD oder den Chancen, die sich einem Mehrheitsbeschaffer für Rot-Grün bieten könnten. Ich glaube jedoch, dass es endgültig um eine völlig andere Aufgabe und Verantwortung geht. Der Berg, den es, um Altvaters anderes Bild aufzugreifen, zu besteigen gilt, scheint maßlos nach den (unterschiedlichen) linken Abstürzen der vergangenen beiden Jahrzehnte.

In Deutschland und in den meisten EU-Staaten wird derzeit mit dem stereotypen Argument, ihn zu erneuern, der Sozialstaat zertrümmert. Die Agenda 2010 und insbesondere die Hartz-Gesetzgebung führen den von Union und FDP vorbereiteten Systemwechsel herbei, beseitigen die Hindernisse für dessen Vollendung durch die nächste, höchstwahrscheinlich schwarz-gelbe Bundesregierung und schwächen die

dem entgegenstehenden Gegenmächte (Demokratie, emanzipatorische und soziale Möglichkeiten des Staates, Gewerkschaften und andere Verbände) nachhaltig. Das ist die eine Einschätzung, die mich zwar auch nicht auf den Berg, aber erstmal auf die Barrikade bringt. Die andere: Gerade jetzt, in dieser Defensive, in diesem markradikalen Einheitsnebel, zeigt sich der Berg, zeigt sich die Möglichkeit, ihn zu erklimmen. Es geht nicht mehr primär um fünf Prozent, es geht nicht um eine oder zwei hübsche, alte oder neue linke Minderheitsparteien in einer gesellschaftlichen Nische. Es geht um den Beginn des Kampfes für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel. Das nur (glaube ich) kann auch die Faszination eines bei linken Wählerinnen und Wählern dauerhaft erfolgreichen Projektes sein. Was WASG, Attac, PDS, linke Intellektuelle in Kirchen, Universitäten, Medien, Kultur, was kritische Geister in den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden dafür zusammen bringen können, mag wahlarithmetisch auch in mittlerer Perspektive nicht mehr als 15 Prozent sein, aber geistig und politisch kann und muss es nicht weniger als der entscheidende Beitrag zur Umkehr von der Selbstzerstörung demokratischer und sozialer Verfasstheit der Gesellschaft hin zu einer modernen solidarischen, emanzipatorischen und demokratischen Alternative sein, deren Anziehungskraft sich dann vielleicht auch andere Kräfte und Parteien nicht verschließen können (so wie sie zur Zeit dem Neoliberalismus erliegen).

Man kann über das Verhältnis von WASG und PDS diskutieren. Aber hundertmal mehr muss man darüber diskutieren, was in Deutschland abläuft, welche Herausforderungen und Möglichkeiten es für eine demokratische Linke gibt. Der Maßstab ist nicht der Wahlerfolg oder -misserfolg der PDS oder der WASG, der Maßstab ist nicht die berechnete oder übertriebene Skepsis der Attacis gegenüber linken Parteien, der Maßstab ist nicht das Urteil oder Vorurteil linker Intellektueller gegenüber der aus der SED hervorgegangenen und nach Ostdeutschland ziehenden PDS (oder anderes gegenüber der WASG). Der Maßstab meiner Überlegungen ist, dass Arme in einem Deutschland, das reicher denn je ist, fünf Jahre früher sterben, dass mangelnde Bildungschancen vererbt werden, dass Kinder in Deutschland das Armutsrisiko Nummer eins sind, der Maßstab sind die mehr als 5 Millionen offiziell Arbeitslosen, sind die Hartz-4-Betroffenen und ihnen gegenüber die fünf Prozent der Haushalte, die inzwischen über 35 Prozent des deutschen Gesamtvermögens verfügen. Der Maßstab könnte tatsächlich auch sein, dass eben 10 bis 15 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr parlamentarisch und politisch vertreten sind. Und zwar jene, die anders als die Unternehmerverbände, großen Unternehmen und Banken, eh keine Lobby haben! In keiner dieser Fragen differieren wir. In den Programmen der linken Parteien, im Steuerkonzept von Attac und Ver.di, in den Büchern von Lafontaine, Altvater, Bisky, Dahn sind zudem längst die Konturen einer realistischen Alternative auf den meisten Gebieten skizziert. Es ist viel mehr, viel, viel Wichtigeres als der Wahlerfolg der einen oder anderen Partei möglich. Und notwendig. Das ist das Thema.